



Die Waldbewirtschaftung zeigt den Weg zur Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft.

Roberto Bolgè

Neue Massnahmen für die Waldpolitik

Roberto Bolgè und Adrian Schmutz, BAFU | Der Bund stimmt mit der Waldpolitik die verschiedenen Ansprüche an den Wald aufeinander ab und koordiniert den Einsatz seiner Instrumente mit den Kantonen und anderen Waldakteuren. Das Bundesamt für Umwelt BAFU hat den Massnahmenplan der Waldpolitik für die Jahre 2021–2024 überarbeitet. Schwerpunkte der Aktualisierung sind die Verarbeitung und Verwendung der Ressource Holz, der Umgang mit dem Klimawandel und die Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft.

Der Wald steht im Brennpunkt der wohl grössten ökologischen Herausforderungen unserer Zeit: Er hat einerseits das Potenzial, mit Holz als CO₂-neutralem Rohstoff einen Beitrag zu leisten im Kampf gegen die Klimaerwärmung. Gleichzeitig müssen Wälder sich an ein Klima anpassen, das sich weiter verändern wird. An der Weltklimakonferenz, die im November 2021 in Glasgow zu Ende gegangen ist, stand der

Wald denn auch im Rampenlicht: Mehr als hundert Staats- und Regierungschefinnen und -chefs bekannten sich zu einem Stopp der Entwaldung bis 2030.

Der Schweizer Wald ist in seiner Ausdehnung geschützt, und seine Fläche ist in den letzten 150 Jahren von weniger als einem Fünftel der Landesfläche auf heute über 30% gestiegen. Vor dem Hintergrund der im 19. Jahrhundert beklagten grossen

Waldschäden und den daraus entstandenen Naturgefahren ist diese Erholung ein grosser waldd politischer Erfolg. Heute stehen wir in der Waldpolitik vor neuen Herausforderungen, und auch die Rahmenbedingungen haben sich verändert. Ungebrochen wichtig ist dagegen eine breite Abstützung bei allen massgebenden Akteuren.

Neue Massnahmen ergänzen bewährte Waldpolitik

Mit der Waldpolitik stimmt der Bund die ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald aufeinander ab. Gleichzeitig koordiniert er seine Massnahmen mit jenen der Kantone und weiterer Akteure. Die Waldpolitik 2020 wurde vor rund zehn Jahren nach einem umfassenden partizipativen Prozess vom Bundesrat verabschiedet.¹ Die damals erarbeiteten Visionen, Ziele und strategischen Stossrichtungen bleiben gültig.

Zur Waldpolitik 2020 gehörte aber auch ein vom Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) erarbeiteter Massnahmenteil. Die darin enthaltenen Massnahmen haben teilweise das Ende ihrer Laufzeit erreicht oder müssen an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Im Mai 2021 hat das UVEK deshalb einen neuen Massnahmenplan verabschiedet. Dieser wurde im Dezember 2021 vom BAFU in einer aktualisierten Fassung als «Waldpolitik: Ziele und Massnahmen 2021–2024» veröffentlicht.²

Der neue Massnahmenplan besteht aus insgesamt 104 Massnahmen mit konkreten Aktivitäten für den Bund, die Kantone und weitere Akteure der Branche Wald und Holz. Die vorgenommenen Anpassungen und Ergänzungen stützen sich auf eine Zwischenevaluation³, auf die vom Parlament 2016 beschlossene Anpassung des Waldgesetzes, auf Konsultationen sowie auf verschiedene Studien (z.B. zu den Waldstakeholdern⁴ oder den Waldeigentümerinnen und -eigentümern⁵).

Änderung des Waldgesetzes und Zwischenevaluation

Die 2016 vom Parlament beschlossenen und 2017 in Kraft getretenen Änderungen des Waldgesetzes sind grösstenteils aus

der Waldpolitik 2020 hervorgegangen. Sie hatten zum Ziel, den Wald umfassender vor Schadorganismen zu schützen, ihn besser für die Herausforderungen des Klimawandels zu wappnen und sowohl die Holznutzung und -verwendung als auch die Arbeitssicherheit bei der Holzernte zu stärken.

Die durchgeführte Zwischenevaluation⁶ untersuchte die insgesamt elf Ziele der Waldpolitik 2020. Sie identifizierte bei drei Zielen einen Nachholbedarf: beim Ausschöpfen des Holznutzungspotenzials, bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft und bei der schonenden Freizeit- und Erholungsnutzung. Die Zwischenevaluation bekräftigte das UVEK gleichzeitig aber auch in seinem Entscheid, die bestehenden Ziele und strategischen Stossrichtungen inhaltlich unverändert weiterzuführen.

Partizipative Weiterentwicklung

Waldpolitik ist eine Aufgabe, die Bund und Kantone gemäss Eidg. Waldgesetz gemeinsam erfüllen – man spricht auch von einer «Verbundaufgabe». Beim Umsetzen vieler Massnahmen übernehmen ausserdem Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer, Bildungs- und Forschungsinstitutionen sowie Vereine, Verbände, Dachorganisationen und Interessengruppen eine wichtige Rolle. Die direkt betroffenen Bundesämter, die Kantone und die weiteren Waldakteure waren deshalb eingeladen, im Rahmen einer schriftlichen Konsultation zum Entwurf des neuen Massnahmenplans Stellung zu nehmen. Anschliessend fand in Morschach (SZ) ein ganztägiger Workshop statt, an dem Vertreterinnen und Vertreter der Kantone und der wichtigsten walddpolitischen Akteure die Massnahmen weiter konkretisierten. Am 26. Mai 2021 verabschiedete das UVEK schliesslich den aktualisierten Massnahmenplan.

Inhaltlich konzentrieren sich besonders viele Anpassungen und Neuerungen auf die drei Themen Holznutzung und -verwendung, Klimawandel sowie Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft.

Optimieren der Nutzung, Verarbeitung und Verwendung von Holz

Das Nutzen der Ressource Holz generiert lokale Wertschöpfung und schafft Arbeitsplätze. Holz kann zudem als klimaneutraler Rohstoff Materialien wie Stahl und Beton ersetzen, deren Herstellung viel CO₂ freisetzt. Die Waldpolitik verfolgt denn auch – in Einklang mit der Ressourcenpolitik Holz⁷ – das Ziel, dass mehr Schweizer Holz zum Einsatz kommt und die Ressourceneffizienz steigt. Dieses Potenzial wird jedoch noch ungenügend ausgeschöpft. Hauptgrund sind die wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen die Forstbetriebe und -unternehmen sowie die gesamte Wertschöpfungskette Wald und Holz sich täglich konfrontiert sehen. Ein 2017 vom Bundesrat gutgeheissener Bericht zeigt, wo eine Optimierung möglich ist.⁸ Ansatzpunkte sind einerseits Massnahmen zur Kostensenkung für die Waldpflege und Holzernte – beispielsweise durch effizientere Abläufe – oder eine optimierte Erschliessung und andererseits eine Steigerung der Nachfrage nach Holz, beispielsweise mit einer Sensibilisierung der Konsumentinnen und Konsumenten für die Vorteile nachhaltigen Holzes.

Klimawandel als Herausforderung und Chance

Im Sommer 2021 fehlte es in der Schweiz nicht an Niederschlägen. Die für den Wald günstigen Wachstumsbedingungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Wald in mehreren Regionen während der drei vorangegangenen Jahren stark unter ausgedehnter Trockenheit litt. Vor diesem Hintergrund und angesichts der im

¹ Bundesratsentscheid vom 31. August 2011.

² BAFU (Hrsg.) 2021: Waldpolitik: Ziele und Massnahmen 2021–2024. Für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Schweizer Waldes. 1. aktualisierte Auflage 2021. Erstausgabe 2013. Bundesamt für Umwelt, Bern: Umwelt-Info Nr. 2119: 61 S.

³ Wilkes-Allemann J, Steinmann K, Zabel A, Lieberherr E (2017): Zwischenbericht 2016 zur Waldpolitik 2020. Projektbericht im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt. Eidgenössische Technische Hochschule [ETH] Zürich: 44 p.

⁴ Zabel A, Lieberherr E, Rappo A (2015) Analyse der Anliegen der Waldstakeholder. Projektbericht im Auftrag des BAFU. Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften HAFL, Zollikofen, und Eidgenössische Technische Hochschule [ETH] Zürich: 42 p.

⁵ Walker D, Artho J (2018): Die Eigentümerinnen und Eigentümer des Schweizer Waldes: Untersuchung des Verhältnisses privater und öffentlicher Eigentümerinnen und Eigentümer zu ihrem Wald. Umwelt-Wissen, 2018.

⁶ Siehe Fussnote 3.

⁷ BAFU et al. (Hrsg.) 2021: Ressourcenpolitik Holz 2030. Strategie, Ziele und Aktionsplan Holz 2021–2026. Umwelt-Info Nr. 2103: 76 S.

⁸ Vgl. Bericht des Bundesrates zum Postulat 13.3924 «Optimierung der Waldnutzung» sowie Interpellation 19.4176 «Zukunft der einheimischen Holzversorgung, Holzverarbeitung und Holzverwendung».

⁹ Vgl. Motion 20.3745 «Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes».

Landesforstinventar (LF14) ausgewiesenen Defizite in der Waldpflege hat das Parlament deshalb in der vergangenen Herbstsession beschlossen, die finanziellen Beiträge für die Waldpflege und die Anpassung des Waldes an den Klimawandel um 25 Millionen Franken pro Jahr aufzustocken (Motion Fässler 20.3745)⁹.

Der Wandel im Angebot bestimmter Holzarten und -qualitäten ist für die nachgelagerte Wertschöpfungskette eine Herausforderung. So wird die Fichte in der Schweiz mit zunehmender Klimaerwärmung weiter zurückgehen, während sich Laubhölzer weiter ausbreiten – ein Wandel, der vor allem durch den Ersatz naturferner Fichtenforste mit standortangepassten Laubwäldern bereits vor einigen Jahrzehnten angelaufen ist. Doch das Holzangebot erfährt mit dem klimabedingt gehäuften Auftreten von Trockenheit, Hitze und Schädlingsbefall auch kurzfristigere Schwankungen. Der Massnahmenplan der Waldpolitik möchte deshalb dazu beitragen, die Anpassungsfähigkeit (Agilität) und Flexibilität der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu stärken. Die sogenannte Bioökonomie könnte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen und hat zum Ziel, die Wirtschaft möglichst vollständig von nicht erneuerbaren Energien und Rohstoffen unabhängig zu machen. Ein grosses Potenzial haben dabei in Entwicklung befindliche Verfahren, mit denen aus Holz biologische Folien, Fasern, Filme oder Kunststoffe hergestellt werden

können. Gerade für Laubholz eröffnen sich dadurch neue stoffliche Anwendungen.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verbessern

Wälder offerieren der Bevölkerung stark nachgefragte und hoch geschätzte Erholungsmöglichkeiten, sie filtern Niederschlagswasser und tragen so zur Trinkwasserversorgung bei, und sie speichern CO₂ aus der Atmosphäre. Diese und andere sogenannte Ökosystemleistungen erbringen die Wälder in der Regel unentgeltlich. Damit die Forstbetriebe und die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer jedoch die dazu notwendigen Pflegemassnahmen durchführen, müssen sie diese auch finanzieren können. Einem Teil der Forstbetriebe gelingt dies mit den Erträgen aus den Produkten, dank Effizienzgewinnen und Kostenreduktionen sowie Beiträgen der öffentlichen Hand. Ein weiterer Weg ist die Inwertsetzung von Waldleistungen. Der Bund engagiert sich mit der aktualisierten Waldpolitik für eine bessere monetäre Bewertung dieser Leistungen und schlägt gestützt auf Pilotprojekte Möglichkeiten vor, wie die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer für diese Leistungen besser entschädigt werden können.

Der Bund intensiviert in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Waldeigentümern aber auch die Information, Sensibilisierung und Beratung. Er stärkt dadurch das ökonomische Handeln im Wald.

Praxisrelevante Daten liefert dabei das von WaldSchweiz im Auftrag des Bundes betriebene forstliche Testbetriebsnetz (TBN).

Ausrichtung ab 2025

Bei der Aktualisierung des Massnahmenplans 2021–2024 zeigte sich, dass Kantone und Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer und weitere zentrale Akteure aktiver an der zukünftigen Weiterentwicklung der Ziele und der Stossrichtungen mitarbeiten möchten. Der Bund möchte diesem Wunsch nachkommen und wird die zentralen Akteure miteinbeziehen, wenn es um das Erarbeiten von Grundlagen sowie das Formulieren der zukünftigen Strategie für den Bereich Wald und Holz geht. Wir sind uns bewusst, dass grosse Schritte in der Wald- und Ressourcenpolitik nicht nur die angemessene Weitsicht, sondern auch eine alle Akteure umfassende breite Abstimmung erfordern. ■